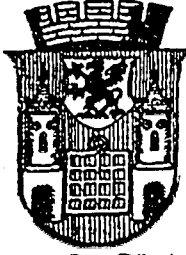


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 95

Donnerstag, den 24. April 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat einen Aufruf erlassen, in welchem es vornehmlich die Ueberparteilichkeit seiner Organisation besonders stark hervorhebt.

\* Ueber die Regelung des Dienstes am 1. Mai hat das preussische Staatsministerium Bestimmungen getroffen, die sich mit denen des Jahres 1923 decken.

\* Aus Sparmaßregeln hat die Reichsbahnverwaltung beschlossen, bis zum 1. Mai weitere Ausbesserungswerkstätten zu schließen und noch etwa 4000 Arbeiter zu entlassen.

## Steuerreform und Preisentwicklung.

Düstere Prophezeiungen.

Berlin, 24. April.

Die Verabschiedung der Steuererhöhung hat in der Presse zu Erörterungen über den Einfluß der Steuererhöhung auf die Preise geführt. Einige Blätter sind dabei so weit gegangen, als Folge der Steuerreform eine neue Preis- und Teuerungswelle zu prophezeien.

Diese Kassandrarufe zeugen nicht gerade von großer wirtschaftlicher und politischer Einsicht.

Es wird niemand unter denen, die für die Steuerreform gestimmt haben, geben, der es nicht schweren Herzens getan hätte. Einer Wirtschaft, die sich im Depressionszustand befindet und unter starkem Kapitalmangel und bis an die Grenze des Erträglichsten gehenden, ja vielleicht über diese Grenze gehenden Steuerdruck leidet, neue steuerliche Opfer zuzumuten, legt selbstverständlich ein ungewöhnliches Maß von Selbstüberwindung und Verantwortungsbereitschaft voraus. Ebenso selbstverständlich ist, daß gegen jede Lösung dieser durch die Notlage von Kasse und Budget gestellten Aufgabe im einzelnen Bedenken vorgebracht werden können, und so ist es zweifellos das gute Recht der Presse, das Steuerkompromiß kritisch zu beleuchten und seine wirtschaftlichen Wirkungen zu analysieren.

Allohal und unverantwortlich gerade in der gegenwärtigen Situation erscheint es uns jedoch, wenn diejenigen, die das Steuerkompromiß verwerfen, in der Kritik sich zu Uebertreibungen und zu einer bedenklichen Schwarzmalerei hinreißen lassen. In Zeiten der wirtschaftlichen Not muß von der Presse ein erhöhtes Maß von Selbstdisziplin verlangt werden, und sie sollte es als ihre Ehrenpflicht betrachten, sich in der Kritik äußerster Korrektheit zu befleißigen.

Daß die jetzt verabschiedeten Steuererhöhungen bestimmte Produkte verteuern können, ist unbestreitbar. Jede Steuer belastet letzten Endes unvermeidlich den Verbrauch. Düstere Betrachtungen über die zu erwartenden Preissteigerungen können aber nur dann einen Sinn haben, wenn sie besagen sollen, daß die Preise sich um mehr als die auf die Produkte gelegte Steuer erhöhen werden. Ob und inwieweit solche Befürchtungen begründet sind, hängt völlig von der Konjunktur ab.

In einer Zeit allgemein weichender Preise ist es gewiß, daß die von der Steuer getroffenen Produzenten und Händler kaum imstande sind, auf dem Markt den Preis zu realisieren, der der Steuer entspricht, geschweige denn über die Steuer hinaus noch einen Extrazuschlag durchzuführen.

Dies gilt besonders von der Erhöhung der Umsatzsteuer und von der Erhöhung des Mineralölpreises bzw. der Mineralölausgleichsteuer. Möglicherweise wird im Gastwirtschaftsbereich versucht werden, auf den Preis mehr als die Biersteuer beim Ausschank aufzuschlagen. Da in den letzten Jahren der Bierkonsum ständig gestiegen ist und das Brauereigewerbe unter dem Konjunkturrückgang nicht zu leiden hat, so werden solche Versuche vielleicht weniger Widerstand begegnen, als es hinsichtlich der Umsatzsteuer und der Mineralölsteuer zu erwarten ist. Beim Bier kann die Presse den Widerstand der Konsumenten gegen unberechtigte Preisaufschläge durch Aufklärung selbst erzeugen, sie kann also selbst verhindern, daß die düsteren Prophezeiungen wahr werden.

## Die Feier des 1. Mai in Preußen.

Regelung des Dienstes.

Berlin, 24. April.

Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, daß für die Regelung des Dienstes am 1. Mai die Bestimmungen des Jahres 1923 auch für das laufende Jahr und bis auf weiteres gelten. Demgemäß ist bis auf weiteres wie folgt zu verfahren:

Beamte, Angestellte und Lohnempfänger, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihrem Dienstherrn um Befreiung vom Dienst nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall insoweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden.

Hierauf beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen.

nen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Lohnempfängern geschehen. Wird von Lohnempfängern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsverhältnisse Lohn nicht gewährt.

Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub und von der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der verfallenen Arbeitsstunden anderweitig sichergestellt ist. Anrechnung der gewährten Dienstbefreiung auf den Erholungsurlaub und Lohnkürzung sollen nicht erfolgen, sofern auch für religiöse Feiertage, die nicht zugleich gesetzliche Feiertage sind, eine Anrechnung der Dienstbefreiung auf den Erholungsurlaub oder eine Lohnkürzung nicht stattfindet.

## Moskauer Hoffnungen.

Die kommunistische Internationale hofft, daß es der KPD. gelingen wird, am 1. Mai eine große Kundgebung gegen die Herrschaft des Bürgertums zu organisieren. In Moskau ist man insbesondere auf den Verlauf der Kundgebungen in Deutschland gespannt. Die Moskauer Blätter berichten, daß die preussischen Behörden die Maifeier verbieten wollen. Die KPD. solle aus diesem Verbot politisches Kapital schlagen.

## Eine deutsche Erklärung.

Gegen die Wahl Quesnays in der BZ.

Basel, 24. April.

Die drei deutschen Mitglieder des Verwaltungsrats der BZ haben bei der Abstimmung über die Person des zu bestellenden Generaldirektors folgende Erklärung abgegeben:

Nachdem der Präsident der neuen Bank, Herr Mac Garrath, einen Vorschlag für die Wahl des Generaldirektors der Bank gemacht hat, würde es der aufrichtige Wunsch der deutschen Mitglieder des Verwaltungsrats sein, dem Vorschlag des Präsidenten zu folgen. Wir wünschen, alles für uns Mögliche zu tun, um den Präsidenten in der Führung der Bank zu unterstützen. Wir würden es auch begrüßen, wenn der Generaldirektor einstimmig gewählt werden könnte.

Es handelt sich indessen für uns um die grundsätzliche Frage des Charakters der Bank, womit die Stellung Deutschlands innerhalb der Bank unlöslich verbunden ist.

Auf dem Wege, der zur Entstehung der Bank geführt hat, ist der Grundgedanke der Parität zwischen Deutschland als dem einzigen Schuldnerland und Frankreich als dem hauptsächlichsten Gläubigerland zum deutlichen Ausdruck gekommen. Beiden Ländern weisen der Youngplan und die Statuten der Bank eine bevorzugte, aber gleichberechtigte Stellung in der Bank zu. Gerade auf diesen Grundgedanke der Parität hat das deutsche Volk in seiner dem Youngplan zustimmenden Mehrheit die Erwartung gegründet, daß die neue Bank ein nutzbringendes Instrument nicht nur der Weltwirtschaft im allgemeinen, sondern namentlich auch der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland sein würde.

Wir drei deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates geben unter keinen Umständen unsere Bemühungen auf, die neue Bank in dem soeben genannten Sinne zu entwickeln.

Im Einklang mit der Anschauung des deutschen Volkes müssen wir jedoch unsere Auffassung aussprechen dahin, daß die Wahl des Herrn Pierre Quesnay zum Generaldirektor den vorerwähnten Grundgedanke der Parität nicht entsprechen würde. Wir sehen uns daher zu unserem Bedauern aus ernsten und grundsätzlichen Erwägungen gezwungen, gegen die Wahl des Herrn Pierre Quesnay zum Generaldirektor zu stimmen.

## Die Vizepräsidenten der Weltbank . . .

Der Verwaltungsrat der BZ ernannte auf Wunsch des Verwaltungsratspräsidenten Mac Garrath noch zu Vizepräsidenten des Verwaltungsrates den Engländer Charles Widdis und den Deutschen Dr. Melchior.

In der Wahl eines Deutschen zum Vizepräsidenten eine Genugtuung für die Wahl eines französischen Finanzmannes zum Generaldirektor erblicken zu wollen, ist völlig falsch, denn das Amt des Vizepräsidenten ist mehr oder minder ein reiner Dekorationsposten. Seine Aufgabe besteht nur darin, den Vorsitzenden bei Verwaltungsratsitzungen zu vertreten, wenn derselbe an der Teilnahme verhindert sein sollte.

Die deutschen Vertreter hätten es, wie Melchior bei einem Empfang der deutschen Presse sagte, lieber gesehen, wenn die Ernennung des Vizepräsidenten erst in der nächsten Verwaltungsratsitzung vorgenommen worden wäre. Nur um Mac Garraths ausdrücklichen Wunsch nachzukommen, der diese Frage nicht noch einmal habe ansprechen wollen, habe sich die deutsche Abordnung mit der Wahl in der Dienstag-Sitzung einverstanden erklärt.

Der Verwaltungsrat beschloß ferner, außer den sieben Hauptnotenbanken zur Zeichnung der Aktien der BZ, noch die Niederländische Bank, die Schweizerische Nationalbank und die Schwedische Notenbank aufzufordern, da der Finanzmarkt der Länder dieser Banken für die Aufnahme aus-

ländischer Anleihen besonders aktiv war. Der zweiten Verwaltungsratsitzung soll es vorbehalten bleiben, noch weitere Zentralnotenbanken zur Zeichnung aufzufordern. England, Frankreich, Belgien und Italien werden die Aktien öffentlich ausgeben. Deutschland behält sie in Portefeuille, während Japan und Amerika dieselben ohne öffentliche Subskription auf eine Gruppe von Banken verteilen werden.

## . . . und die Abteilungsleiter.

Die Versammlung nahm auch die Wahl der vier Abteilungspräsidenten vor, die dem Generaldirektor Quesnay unterstellt sind.

Zunächst wurde der Reichsbankdirektor Dr. Hülse gewählt, dem die Abteilung für Bankangelegenheiten übertragen werden soll.

Als zweiter wurde der Italiener Piloiti ernannt. Dritter ist der belgische Bankmann Paul von Zeeland, der bereits dem Organisationsausschuß angehört und dem die Emissionsabteilung übertragen werden soll. Für die Währungsabteilung ist ein Japaner in Aussicht genommen, dessen Name noch nicht feststeht.

## Weiterer Abbau bei der Reichsbahn.

Schließung von Werkstätten.

Berlin, 24. April.

Nachdem die Reichsbahnverwaltung bereits im Februar dieses Jahres die Sperrung von insgesamt 20 800 Köpfen hatte eintreten lassen, und in den Ausbesserungswerkstätten für rund 80 000 Handwerker und Arbeiter Feiertagsarbeiten eingelegt hatte, will sie jetzt, und zwar möglichst schon bis zum 1. Mai, weitere Sparmaßnahmen durchführen.

Eine Reihe von Ausbesserungswerkstätten soll geschlossen werden, ebenso mehrere Güterwagen-Abteilungen (darunter auch Dortmund, obwohl der Verkehrs-Ausschuß des Reichstages noch nicht vorstern in einer Entschließung verlangt hatte, daß diese Wagenabteilung noch drei Jahre bestehen bliebe). Von den Belegschaften der stillzulegenden Ausbesserungswerke soll ein Teil auf andere Werkstätten übernommen werden, insgesamt aber ist die

## Entlassung von 4000 Arbeitern

vorgesehen. Die Eisenbahner-Organisationen haben regen dieser Absicht schärfsten Protest erhoben, indem sie u. a. darauf aufmerksam machen, daß die Reichsbahn-Verwaltung durch die geplanten Sparmaßnahmen auf personellem Gebiete eine Tarifierhöhung hoffe vermeiden zu können.

## Politische Umbildung.

Warnung vor Waffenlieferung nach China.

Berlin, 24. April. Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß des Wiederauflebens des Bürgerkrieges in China hat die Reichsregierung die am Handel und an der Schifffahrt nach China interessierten Kreise erneut davor gewarnt, sich an Lieferung und Transport von Kriegswaffen und Kriegsmunition nach China zu beteiligen.

## Schiele in München.

München, 24. April. Reichsernährungsminister Schiele hatte in München mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister und Vertretern der bayerischen Milchwirtschaft eine Besprechung wegen der einzuleitenden Maßnahmen zur Hebung der Milchwirtschaft. Bei diesen Besprechungen wurde auch erörtert, inwieweit man das Beispiel der Schweiz nachahmen könne, die durch einen staatlichen Fonds die Milchpreise für den Sommer auf der gleichen Höhe wie bisher zu halten beschlossen hat. Es soll versucht werden, in ähnlicher Weise auch bei uns einen Ausgleichsfonds zu schaffen.

## Ueberrückführung der Bombenattentäter.

Hamburg, 24. April. Die Altonaer Staatsanwaltschaft wird in den nächsten Tagen die schleswig-holsteinischen Attentäter von Berlin nach Altona überführen. Der Termin des Prozesses steht noch nicht fest. Es gilt als wahrscheinlich, daß er nicht im Rahmen der üblichen Schwurgerichtsverfahren verhandelt wird, sondern daß der Landesgerichtspräsident in Kiel auf Betreiben des Altonaer Gerichts eine Sonderperiode des Schwurgerichts einsetzen wird. Nach dem bisherigen Gang der staatsanwaltschaftlichen Arbeiten dauert es noch einige Zeit, bis die Akten an das Gericht abgegeben werden können.

## Verbot sowjetrussischer Zeitungen.

Konowo, 24. April. Die Einfuhr sowjetrussischer Zeitungen nach Litauen ist verboten worden. Wie hier verlautet, soll diese Maßnahme im Zusammenhang mit den 40 erfolgten Kommunisten-Verhaftungen stehen. Bis vor einigen Tagen war eine Reihe von sowjetrussischen Zeitungen zur Einfuhr nach Litauen zugelassen.